

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Buchhandlungen

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: von Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle
(ohne Zustellungsgebühr) / Wilschstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18600
und Redaktion: Wilschstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18600
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr
für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 15 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: die neuzeit gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,25 RM, für Familien-
anzeigen 0,20 RM, für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Wilschstraße 2 / Die
„Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Verwaltung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 19. Februar 1930 Nummer 42

Befekung des Karl-Liebknecht-Hauses

Die Polizei schießt — Protestiert in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervereinen — Antwortet durch Masseneintritt in die KPD
Nun erst recht finanziert die kommunistische Propaganda — Sendet Beträge auf Postcheckkonto Alfred Werner Dresden 20299

Sozialfaschistische Polizeiaktion gegen die KPD

Der sozialfaschistische Polizeipräsident Jörgiebel ließ am Vormittag des 18. Februar mit 6 Hunderthausen und 200 Kriminalbeamten das „Karl-Liebknecht-Haus“ in Berlin besetzen. Sämtliche Räume wurden besetzt, alle Schränke und Schreibtische geöffnet und durchwühlt, alle Akten und Handbücher durchsucht. Die Personalien aller im Hause Anwesenden wurden von der Polizei festgesetzt. Die Hausdurchsuchung verlief ergebnislos. Die Polizei beschlagnahmte lediglich belangloses Material.

Während der Besetzung entstanden auf dem Balkon vor dem „Karl-Liebknecht-Haus“ riesige Anjammungen von Arbeitern, die in rüchlichen Zurufen ihre Empörung gegen die Polizeiaktion zum Ausdruck brachten. Die Polizeioffiziere ließen die Arbeiter immer wieder in brutaler Weise auseinanderreiben. Viele Arbeiter wurden in bestialischer Weise mißhandelt, sogar ein Krüppel mit einem künstlichen Arm wurde verprügelt. Von der Polizei wurde sogar auf dem Platz scharf geschossen. Trotz allem sammelten sich immer wieder die Arbeiter an. Unbeschreiblich war der Jubel der Massen, als auf dem „Karl-Liebknecht-Haus“ die rote Fahne gehißt wurde. Die Polizeibesetzung und die folgenden Protestdemonstrationen dauerten den ganzen Tag an, immer wieder erschollen wuchtige Schreie der Massen auf die kommunistische Partei.

Die Polizeiaktion erfolgte angeblich, um festzustellen, ob die Druckschriften „Was müssen wir Polizeibeamte jetzt tun“ und „Die Polizeibeamten als Opfer des Youngplans“ im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt worden seien. Das ist natürlich nur ein vorwandhafter Grund für ein solches Massenaufgebot von Polizei. In Wirklichkeit suchten die Jörgiebel-Größen-Georing nach Material, um das Verbot der kommunistischen Partei begründen zu können. Die Verfügung zur Befekung war vom Preussischen Innenministerium erlassen, und es ist klar, daß die SPD-Näherheit diesen Anschlag beabsichtigt hat.

Schwer das Karl-Liebknecht-Haus hermetisch abgeriegelt wurde und durch Telefonperre irgendeine Benachrichtigung unmöglich war, verbreitete sich die Nachricht von dem Anschlag auf das Zentralkomitee der KPD und die Rote Fahne sehr rasch. Auf dem Balkon sammelten sich, während die Polizei ihre Hausdurchsuchung durchführte, große Massen von Arbeitern und Gewerkschaftern. Als die Polizei gegen 2 Uhr abbrückte, wurde sie mit Niederrufen auf den Sozialfaschisten Jörgiebel und seine Kollaboranten von den Massen empfangen. Brutale Witzen der Jörgiebelianer folgten.

Wenige Minuten später zog aus dem Karl-Liebknecht-Haus die rote Fahne empor. Die Massen brachten besessene Schreie auf die kommunistische Partei Deutschlands aus. Mit entzückten Rufen wurde angeheult der Polizeikolonne die „Internationale“ gelassen.

Die kommunistische Partei wird von den Sozialfaschisten gerade jetzt so wütend verfolgt, weil die kommunistische Partei den Kampf gegen die Youngplanpolitik der Müller-Georing-Regierung, gegen die Politik der Ausbeutung der Arbeitslosen und Betriebsräte führt.

Die SPD hat in dieser Zeit schon ihre Bereitwilligkeit erklärt, den arbeitenden Massen neue unerhörte Lasten aufzubürden und die Arbeitslosenunterstützung wie alle sozialen Leistungen abzuhauen. Die SPD will die Erhöhung der Getreide- und Brotpreise herbeiführen. Sie will die Steuern auf Tabak und Bier erhöhen. Sie will eine Reihe anderer Massenbelastungssteuern durchsetzen. Dem Bekannten sind die wenigen Steuern ermäßigt worden, für militärische Rüstungen bewilligt die SPD ungeheure Summen, doch den hungernden Arbeitslosen und Sozialrentnern soll die erbärmliche Unterstützung immer noch mehr beschnitten werden. Auf der anderen Seite heißt sich die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie jedem Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und um den Siebenstundentag entgegen. Weil die kommunistische Partei den sozialfaschistischen Youngplanpolitikern kämpft, weil sie der Arbeiterklasse den Weg zeigt, wie sie unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition um höhere Löhne, um den Siebenstundentag kämpfen muß, darum heigern die Sozialfaschisten den Polizeiteror gegen die kommunistische Partei.

Aber die deutsche Arbeiterklasse wird sich nun erst recht um die kommunistische Partei scharen. Die Sozialfaschisten, die sich im Kampfe gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse verleben

Mittel bezeichnen, wie einst Bismarck oder der Zar, müssen überall von der Arbeiterklasse zur Rechenschaft gezogen werden. Nun erst recht hinaus mit den Sozialfaschisten aus den Betriebspositionen, nun erst recht weg mit den sozialfaschistischen Gewerkschaftsführern!

Arbeiter, protestiert überall leidenschaftlich gegen den Polizeiteror der Sozialfaschisten!

Schert euch um die kommunistische Partei! Gest, sammelt für den Kampffonds der KPD!

Kämpft gegen das Kapital und die Sozialfaschisten unter Führung der kommunistischen Partei!

SPD-Arbeiter kommen zur KPD

Der Erwerbslosenausschuß von Hpolda hatte vor einigen Tagen zu einer Erwerbslosenversammlung aufgerufen, die so überaus war, daß ein großer Teil der Gehörten keinen Platz mehr im Saale fand. In der Diskussion erklärten ein blauer Anhänger der Sozialdemokraten und mit ihm zwei weitere Protesten ihren Eintritt in die kommunistische Partei.

Im Heimarbeitersiedlung von Sonneberg (Thüringen) fand ebenfalls eine außerordentlich starkbesetzte Versammlung in Steinbach statt. Dort trat ein SPD-Arbeiter auf, der sich scharf gegen die verräterische Politik seiner Partei wandte und der gleichzeitig seinen Austritt aus der SPD und Uebertritt zur KPD erklärte.

Nur rote Betriebsräte führen den Kampf

Wahlausschuß der Straßenbahn Dresden veröffentlicht sein Kampfprogramm

Der Wahlausschuß für die Straßenbahn AG beauftragte sich in seiner ersten Sitzung mit nachstehendem Kampfprogramm, auf das alle Kandidaten, die auf die Betriebsräteplätze gestellt werden, verpflichtet werden sollen:

- Kampfprogramm**
- Für die einheitliche revolutionäre Kampffront der proletarischen Massen, Organisierung und Unorganisierung, Männer und Frauen, Erwachsene und jugendliche, Arbeitende und Erwerbslose.
 - Gegen die kapitalistische Rationalisierung.
 - Für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche, für den freien Sonntagsnachmittag, für einen Erholungsurlaub von mindestens 14 Arbeitstagen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.
 - Für die Forderungen der proletarischen Frauen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
 - Für eine Erhöhung der Löhne um fünfzig bis 20 Prozent.
 - Für eine Neuregelung des Zuschlagswesens von mindestens 20 Prozent Gehaltszulage für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Für Gewährung von Krankentage für besonders schmutzige und gesundheitsgefährliche Arbeit.
 - Für ein einheitliches soziales Versicherungswesen, mit ausreichenden Unterstellungen bzw. Renten auf Kosten der Unternehmer.
 - Für Gewährung von Ruhegeld ohne Anrechnung der Leistung der Sozialversicherungen. Keine Beitragsleistung.
 - Für das Verbot von Versammlungs- und Streikrecht. Gegen den Schlichtungsschwindel.
 - Für enge Kampfgemeinschaft zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen.
 - Gegen die Ausbeutung und Spaltungsmethoden der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Gegen die arbeitserniedrigende Tätigkeit der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre.
 - Für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Für den Austritt aus dem Arbeitgeberverband „Schlichter Gewerkschaften“, für die Wiederaufnahme der ausgegliederten, für einheitliche Klassenorganisationen auf der Grundlage der Industrierverbände, für die Entwicklung der Betriebsräte zu revolutionären Klassenorganen der Arbeiterklasse.
 - Dieses Kampfprogramm wurde vom Wahlausschuß einstimmig beschlossen und zum Ausdruck gebracht, daß es gilt, alle Kräfte anzuspannen bei der Betriebsrätewahl, den Sieg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu erringen.
- Waf an die Arbeit! Durch Kampf zum Sieg!**

Die Regierung Brünger gestürzt

Auflösungsantrag der KPD / Koalitionsreden der Sozialdemokraten und Volksparteier
Von Rudolf Renner

Dresden, den 18. Februar 1930.
Die Nationalsozialisten unternahmen den Versuch auch heute noch nach Möglichkeit, die Brünger-Regierung zu retten. Die Kommunisten ließen keinen Zweifel darüber, daß sie den Nazis keine weiteren Mandate gestatten werden, und sie haben die Mandate der Nationalsozialisten verweigert. Im Landtag wurde bekannt, daß die Nazis eventuell ihr Ministeriumswort zurückgeben würden. Die kommunistische Fraktion erklärte, daß sie in diesem Falle den Antrag aufnehmen und die Nazis zur Absetzung zwingen würde.

Der nationalsozialistische Redner v. Klinger erklärte in seiner Rede selbst das Mandat seiner Partei und erklärte auf die Angriffe des kommunistischen Redners, daß sie selber sehr wohl wissen, daß Republiksturzgesetz und Youngplan nicht noch einmal im Reichsrat vorgelegt werden. Sie haben mit der Aufstellung ihrer Bedingungen nur den Versuch unternommen, die Schuld für die Annahme des Youngplanes von sich abzuwälzen.

Der Ministerpräsident Brünger gab ein Bekenntnis zum Youngplan ab und hielt im übrigen eine Koalitionsrede für die Bildung der Großen Koalition. Die beiden Redner der Sozialdemokraten, sowohl der Abg. Böckel als der Abg. Wolf, sprachen ebenfalls ganz jäh im Sinne der Koalition, führten keine starken Angriffe gegen die Volksparteier, sondern vollführten eine Schimpfkanonade gegen die Kommunisten, in der sie alle die lächerlichen Verleumdungen, die ihre Blätter seit Wochen verbreiten, wiederholten. Böckel berief sich dabei auf Brandler, der auf der Tribüne anwesend war.

Für die Volkspartei sprach der Abg. Müller. Er erklärte, es gebe verschiedene Möglichkeiten für die Regierungsbildung nach dem Sturz des Brünger-Kabinetts. Die Große Koalition

lehnte er angeblich ab. Stellte dann aber seine ganze Rede auf die Große Koalition und auf eine scharfe Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten ab. Er wählte den Vorwurf er mit der Erklärung, daß doch keiner ein Interesse daran haben kann, auch die SPD nicht, denn sie werde ja nur nach links und rechts Mandate verlieren. In den Nazis sagte er, daß wenn sie eine Brücke bauen wollten, diese auch tragfähig sein müsse. Die von ihnen aufgestellten Bedingungen seien das für die Volkspartei nicht. Er bezeichnet den Youngplan als das kleinere Übel und wendet sich mit aller Schärfe gegen die Deutschnationalen, weil sie Minister, die dem Youngplan zustimmen, ins Justizhaus hätten bringen wollen.

Die Deutschnationalen halten eine geschwollene Rede gegen den Youngplan und erklären, daß sie dem Antrag der Nazis zustimmen. Die Vertreter der Demokraten, der Sozialdemokraten und Aufwärtler erklärten, daß sie sich der Stimme enthalten.

In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag mit 45 Ja- zu 42 Neinstimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Der nationalsozialistische Antrag wird mit 63 Ja- zu 24 Neinstimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.
Das Kabinett Brünger ist damit gestürzt. Es antwortet als geschäftsführendes Ministerium bis zur Neubildung der Regierung weiter. Hinter den Kulissen werden jetzt wieder eifrig die Verhandlungen begonnen. Man wird sich scharf bemühen, wieder eine Reichsregierung zusammenzustellen, aber auch gleichzeitig alle Mittel in Bewegung setzen, um zur Großen Koalition zu kommen. Das ganze Verhalten der Sozialdemokraten zeigt, daß viele jetzt bereit sind, in die Koalition zu gehen. Als der Abg. Müller in der Sitzung erklärte, man müsse sich bei der Annahme des Ministeriumsantrages überlegen, daß dadurch die

Ueberfallkommando in einer Belegschaftsversammlung

Auf der Reichsgrube im Waldenburger Revier sollte eine leitgewerkschaftliche Belegschaftsversammlung zur Betriebsratswahl stattfinden. Die Gewerkschaftsbürokraten suchten, in dieser Versammlung die oppositionellen Genossen auszuschalten, indem sie nur die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes als stimmberechtigt erklärten. Als die Sozialfaschisten merkten, daß die Mehrheit der Versammlung hinter der Opposition stand, wollten die Gewerkschaftsbürokraten die Versammlung außerhand schließen. Gleichzeitig erschienen zwei Schulkollegen, die erklärten, sie hätten den Auftrag, die Versammlung aufzulösen, da die Versammlungsleitung Polizei angefordert hätte. Einen Augenblick später erschien auch ein Ueberfallkommando. Der größte Teil der Versammlungsteilnehmer verließ daraufhin die Versammlung, wobei der sozialfaschistischen Bürokratie noch gehörig die Wahrheit gesagt wurde. Bei der kommenden Betriebsratswahl wird die Belegschaft nur rote Betriebsräte wählen.